

Wie kann es in den Beziehungen zwischen den deutschen Staaten weitergehen?

Die Revanchepolitik und die Politik der Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung haben nicht nur die Normalisierung der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten verhindert, sondern zugleich von Jahr zu Jahr zu einer Vertiefung des Grabens, der sie trennt, geführt. Wir haben versucht, durch immer neue Vorschläge und Verständigungsangebote diese Entwicklung zu verhindern und auch Westdeutschland auf den Weg der -Verständigung zu bringen. Das ist uns leider nicht gelungen.

So stehen wir heute vor der Situation, daß es zwei nicht nur in der Gesellschaftsordnung, sondern auch in den Prinzipien ihrer Innen- und Außenpolitik gänzlich unterschiedliche deutsche Staaten gibt, deren weitere Auseinanderentwicklung die Tendenz hat, voranzuschreiten.

Eine Vereinigung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik mit einem imperialistischen Westdeutschland ist — wie bereits dargestellt — natürlich nicht real. Die friedliebenden Arbeiter und Genossenschaftsbauern der Deutschen Demokratischen Republik haben kein Bedürfnis, sich mit den Hitlergeneralen zu vereinen. Für die DDR und ihre freien, selbstbewußten Bürger gibt es keine Rückkehr zum Kapitalismus, keine Unterwerfung unter kapitalistische Knechtschaft und Ausbeutung, keine Rückkehr ins Mittelalter der gesellschaftlichen Entwicklung. (Lebhafter Beifall.) Ein unter imperialistischen Vorzeichen vereinigtes Deutschland wäre zudem eine tödliche Gefahr für alle Deutschen wie für alle europäischen Staaten und Völker. Es würde auch dem Neokolonialismus einen starken Auftrieb geben. Aus all diesen Gründen liegt die weitere Konsolidierung und allgemeine Anerkennung der DDR im Interesse aller — auch der befreiten Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten vollzieht sich seit über zwanzig Jahren ein Klassenkampf, der um die Klärung der Frage „Wer — Wen?“ ausgefochten wird. Zu den geschichtlichen Aufgaben der DDR gehört es, dazu beizutragen, daß auch Westdeutschland den Weg zur Überwindung von Militarismus und Imperialismus findet. Erst wenn das erreicht ist, kann die Vereinigung der beiden deutschen Staaten aktuell werden. Das setzt voraus, daß die SP ihre Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU und ihre falsche Frontstellung gegen die sozialistische Deutsche Demokratische Republik aufgibt. Wir sind überzeugt, daß sich in dem sehr komplizierten und langwährenden Prozeß des Kampfes der Arbeiterklasse